

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 11/39. Jahrgang

November 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

## 500 Milliarden Euro

Was man alles damit machen könnte  
anstatt es den Banken zu schenken:

### Inhalt:

Zur hess. Ministerpräsidentenwahl	S.2
Stadtparlament/Schul-Sozialarbeit	S.3
Betrug mit 1-E-Jobs/Buchtipps/Ehrung	S.4
Hoffen auf die nächste Blase	S.5
Bildungsgipfel/Nazi-Demo/Studenten	S.6
Leserbriefe/Hammerzahl	S.7
Termine/Wahlgeschenke/Aktien-Gedicht	S.8



16.660 Kindergärten á 4 Gruppen	= 22 Mrd. Euro
15.640 Grundschulen mit Sporthalle	= 67 Mrd. Euro
5720 Berufsschulen á 1000 Schüler	= 91 Mrd. Euro
2.500.000 Mietwohnungen á 70 qm	= 231 Mrd. Euro
8210 Altenpflegeheime á 60 Plätze	= 41 Mrd. Euro
2360 Studentenwohnheime á 200 Plätze	= 23 Mrd. Euro

Das sind zusammen 475 Mrd. Euro, der Rest, 25 Mrd. Euro, ist immer noch mehr, als alle deutschen Städte und Gemeinden zusammen im vergangenen Jahr an Sachinvestitionen ausgegeben haben: 20,5 Mrd. Euro.

**Das ist Kapitalismus!**  
Milliarden für die Banken - und fürs Militär  
Nichts für Arme, Kranke, Kinder, Renter  
Damit die Reichen reicher werden,  
müssen die Armen ärmer werden!



### Wieviel sind 500 Milliarden E?

500 E ist der werthöchste Euroschein.

500 Milliarden E, das sind 1 Milliarde  
500-Euro-Scheine, gestapelt ergibt das  
eine Höhe von 100.000 m bzw. 100 Km: Zum  
Vergleich: Der Kölner Dom hat eine Höhe von 160 m.  
625 Stapel in Höhe des Kölner Doms, das sind 500 Mrd. E



**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# Zur Ministerpräsidenten-Wahl in Hessen

Wir wissen heute nicht, wie die Ministerpräsidentenwahl in Hessen ausgeht... Noch vor einem Jahr, bei der Wahl der Landesliste, konnte Pit Metz mit der klaren Absage an jegliche Koalition und Tolerierung zum Spitzenkandidaten gewählt werden. Auch Wolfgang Gehrcke hatte noch Anfang des Jahres gewarnt: Tolerierungen gingen meistens daneben und schwächten die gesamte Linke... Tolerierungsverhandlungen hätten den klaren Nachteil, die außerparlamentarische Bewegung zu schwächen und einen Teil der eigenen Wählerschaft durch Zwang zum Kompromiß zu enttäuschen. (jW, 13.2.08) Das alles paßte der PDL-Führung nicht, Pit Metz mußte zurücktreten und in weiteren Auftritten haben Gysi und Lafontaine in Hessen die Partei auf Kurs gebracht und die Tolerierung mit nur einzelnen Gegenstimmen abnicken lassen. Jetzt liegt der Koalitionsvertrag auf dem Tisch, der einige interessante Vereinbarungen enthält:

- \* die Gemeinschaftsschule bis zur 10. Klasse – aber nicht verbindlich, sondern als freiwillige Möglichkeit der Schulen.
- \* Die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder – aber keine Rücknahme der von Koch verhängten Arbeitszeitverlängerung.
- \* Kochs „Operation sichere Zukunft“, die viele Kürzungen im Sozialbereich (Frauenhäuser, Schuldner- und Verbraucherberatung...) brachte, soll zurückge-

nommen werden.

\* Die Energiewende soll vor allem durch erneuerbare Energie entwickelt werden. Des weiteren geht es um die bessere Betreuung von Arbeitslosen und mehr öffentliche Arbeit. Der Ausbau des Frankfurter Flughafens wird mit Scheinargumenten verzögert und ein Nachtflugverbot gefordert.

Insgesamt ein Programm mit doch anderen Inhalten als von Koch, wobei aber



alle Versprechungen unter „Finanzierungsvorbehalt“ stehen – angesichts leerer Kassen also erst mal nur auf dem Papier.

Koch muss weg, dieses Ziel wäre bei einer Wahl Ypsilantis erreicht. Daß jetzt die andere Politik umgesetzt würde, darauf beruhen viele Hoffnungen.

Die Studiengebühren wurden bereits abgeschafft. Dies ist ein Erfolg außerparlamentarischer Aktionen, in Form von

Demonstrationen Tausender Menschen, nicht nur Studenten, und der Sammlung von Tausenden Unterschrift für eine Verfassungsklage. Auch wenn der CDU-dominierte Hessische Landesgerichtshof die Klage abgewiesen hat, konnte die neue Mehrheit im Landtag – gemeinsam handelnd – ein gebührenfreies Studium wieder einführen.

Ein wesentlicher Teil der PDL ist die WASG. Und diese WASG hat sich konstituiert aus Protest gegen die Politik der SPD: Dort wurden zunächst Protestbewegungen zum Inhalt oder integriert, die auch wir unterstützen. So gesehen, heißt die Frage nicht: wann gibt die sozialdemokratische PDL ihre Ziele auf. Oder wann wird die hessische PDL der Berliner Linkspartei nachfolgen, die sich zum Vorreiter in Sachen Privatisierung und Lohndumping im öffentlichen Dienst gemacht hat (da könnte noch sehr viel mehr genannt werden)...

Daß es zu einem generellen Politikwechsel in Hessen kommt, wird auch innerhalb der PDL bezweifelt. Ferdinand Hareter stellt am 27.10. in der „jungen Welt“ fest: „Einen grundlegenden Politikwechsel wird es nicht geben.“ Gespannt sein dürfen wir aber auch über die künftige Umgehensweise der PDL mit dem Verfassungsschutz, der Totalitarismus-Doktrin und dem Antikommunismus, dem sie – doch völlig zu Unrecht – ausgesetzt ist... (aus dem Referat der Bezirksvorstandstagung der DKP am 1.11.08 von M.Beltz)

## Nehmt den dicken Jungs die Mäuse ab...

..war auf den SDAJ-Feten in den 70er-Jahren ein beliebtes Lied zum Mitsingen. Umverteilung des Reichtums war ein Thema. In Tarifrunden wurde bei den Forderungen neben Teuerungsausgleich und Produktivitätszuwachs auch immer ein Umverteilungsanteil einberechnet – bei den Abschlüssen dann aber kaum durchgesetzt. Umverteilung – das müßte auch jetzt wieder aktuell sein. Bei den Gründen für die Finanzkrise wird in den Massenmedien alles mögliche genannt – mangelnde Finanzaufsicht, Spekulation, Geldgier der Manager usw. Die ständig wachsende Kluft zwischen Profiten und Lohnsumme wird nie genannt. Die Reichen haben immer mehr Geld, für das sie im Produktionssek-

tor keine Investitionsmöglichkeit mehr finden, weil die Lohnabhängigen immer weniger Geld haben, mit dem sie die produzierten Waren kaufen können. In den USA erleichterte man kurzerhand die Kreditaufnahme, um den Warenfluß am Laufen zu halten. Das Geld, das man den Beschäftigten als Lohn vorenthielt, gab man ihnen als Kredit. Exportländer wie Deutschland, Japan und China konnten nur noch aufgrund dieser Verschuldung einen großen Teil ihrer Ware absetzen, und die Reichen profitierten von den Zinsen, die sie für "Ihr" Geld erhielten. Umverteilung des Reichtums – das wäre ein wirksamer Beitrag zur Krisenvermeidung!

Gernot Linhart



Bald ist Martinstag...

## Antrag der Fraktion Die Linke

Die Stadtverordnetenversammlung fordert die Stadtwerke Gießen auf, die Preiserhöhungen bei Erdgas und Fernwärme zum 1. Oktober 2008 umgehend – spätestens zum 1. 12. 08 - rückgängig zu machen, und erwartet von den Vertretern der Stadt Gießen im Aufsichtsrat, dass sie in diesem Sinne aktiv werden.

### Begründung:

Die satten Preiserhöhungen waren damals von den Stadtwerken mit drastisch gestiegenen Bezugspreisen des Vorlieferanten E.ON Ruhrgas in Folge der Ölpreisexlosion begründet worden. In der Zwischenzeit sind die Ölpreise enorm gefallen und haben sogar den Stand am Jahresanfang deutlich unterschritten.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. M. Janitzki

## Wohlfahrtsverbände: Buslinie 2 verlängern!

Im Juli forderten wir im Gießener Echo die Verlängerung der Stadtbus-Linie 2 bis zu den Rivers, wo GIAG u.a. Kreisämter untergebracht sind. Michael Beltz hat für die Links-Fraktion einen entsprechenden Antrag gestellt. Aber der Magistrat mauert. Vielleicht wird er nach folgendem Schreiben tätig?

*"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Haumann, anlässlich einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände der Universitätsstadt Gießen und des Landkreises Gießen haben einige Mitglieder der Liga am 7. August 2008 den Weg vom Bahnhof Gießen zu Automeile per Bus zurückgelegt. Dabei haben wir festgestellt, dass der Fußweg von der Bushaltestelle Fasanenweg zur Automeile besonders für Mütter mit Kindern, aber auch für*

*ältere und gehbehinderte Personen äußerst gefährlich ist.*

*Die Strecke zu Automeile und die damit verbundene Überquerung der Straßen (Fasanenweg über die Licher Straße und die Autobahn Auf- und Zufahrt zur Automeile) sind wegen des hohen Verkehrsaufkommens mit großen Gefahren verbunden.*

*Eine Erweiterung der Buslinie könnte hier Abhilfe schaffen.*

*Solange hier noch keine Lösung gefunden ist und die Buslinie nicht an die Automeile angebunden ist, bitten wir Sie, dafür Sorge zu tragen, dass die genannten Gefahrenpunkte umgehend beseitigt werden (z.B. durch eine Wegesicherung/Geländer).*

*Mit freundlichen Grüßen*

*Inge Fernhomberg,  
Liga-Vorsitzende"*

Selbstverständlich gibt es einen harten Wettbewerb zwischen uns...!

Wer die Leute am meisten abzockt, hat gewonnen!!!



## Tarif-Flucht bei Schul-Sozialarbeit

Im November beginnt in sieben Schulen im Landkreis Gießen die Schulsozialarbeit. Der Kreisausschuß hat hier zu Leistungsvereinbarungen mit verschiedenen Trägern, wie Diakonie, Caritas, AWO usw. abgeschlossen. Nicht enthalten in diesen Leistungsvereinbarungen ist die längst überfällige Vereinbarung, daß die Träger den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes anwenden.

Somit wird deren Tariffucht mit längerer Arbeitszeit und schlechterer Bezahlung

auch noch vom Landkreis Gießen belohnt. Wir Kommunisten fordern die Umsetzung eines Tarifvertragstreugesetzes auch und gerade für Leistungen der öffentlichen Hand, die - wie hier an sog. freie Träger - abgegeben werden. Bei der Gelegenheit sei auch gefragt, wie ist es eigentlich mit Bewerbern, die sich für Schulsozialarbeit interessieren, aber keiner Kirche angehören? Werden die bei Caritas und Diakonie gleich rausgekickt?  
K.S.

## Küssen erlaubt!

Ein Anruf des aufgebracht Wirts erreichte uns nach dem letzten Echo. Selbstverständlich sei in seinem Restaurant Selane in der Neuen Bäu das Küssen nicht verboten; er sprach sogar von rechtlichen Schritten.

Das von seiner Bedienung

ausgesprochene Küßverbot

mußte er aber zur Kenntnis

nehmen, nachdem die Betroffenen sich bei ihm gemeldet hatten.

Ergebnis:

\* Wir freuen uns, berichtigen zu können: es darf geküßt werden.

\* Das betroffene Paar wurde zu einem Abend im Restaurant eingeladen „auf Kosten des Hauses“.



### **Beltz gerügt**

*Eine Rüge musste Michael Beltz auf der letzten Mitgliederversammlung einstecken. Er hatte ohne Absprache während einer Sitzung des Stadtparlaments für den Abriss des Elefanten-Klos plädiert. Da half auch nicht der Bezug auf die Position von Prof. Fischer-Schlemm.*



## Militarisierung beim Krämermarkt

Was suchen die Reservisten der Bundeswehr hier auf dem Gießener Krämermarkt? Es ist schon übel, wenn Kinder und Jugendliche für die Wirkung kleiner Grananten begeistert werden sollen.

## Sozial-Betrug durch 1-E-Job-"Arbeitgeber"

Ein besonders krasser Fall von Ausbeutung durch 1-Euro-Jobber wird jetzt vor Gericht verhandelt. Ulrich Lammers, CDU, Chef der Arge von Recklingshausen (das ist die dortige GIAG) ist gleichzeitig Chef des städtischen Altenheims. In dieser Personalunion hat er 40 (vierzig!) 1-Euro-Jobs im Heim eingerichtet, für die er jeweils 500 E monatlich kassierte. Keinesfalls „zusätzliche“ Arbeiten wie Betten machen, Zimmer putzen, Essen verteilen... wurden von 1-Euro-Jobbern erledigt; reguläre Arbeitsplätze wurden abgebaut. Als der Betriebsrat dies öffentlich machte, sprang der CDU-Bürgermeister seinem Parteifreund zur Seite und drohte mit Schadensersatzklage, sollte jemand die Behauptung wiederholen. Anklage wurde jetzt von der Staatsan-

waltschaft Bochum erhoben, aber nicht gegen den Betriebsrat, sondern gegen Lammers wegen Untreue, Lohnwucher und Nötigung mit einer Gesamtschadenssumme von 450.000 E. Gewiß, dies ist ein besonders krasser Fall. Aber daß 1-Euro-Jobber Arbeiten erledigen müssen, die weder „gemeinnützig“ noch „zusätzlich“ sind und die eigentlich von normalen tarifvertraglich bezahlten Beschäftigten erledigt werden müßten, das ist überall gang und gäbe – auch in Gießen! Dagegen muß man sich wehren! In Recklingshausen hat den Stein eine Angestellte ins Rollen gebracht, die gegen ihre Entlassung klagte, nachdem ihre Arbeit von 1-Euro-Jobbern übernommen werden sollte. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.

A.K.



Das Bundes"sozial"gericht hat entschieden: einem chronisch kranker Hartz-IV-Empfänger sind 3,45 Euro Arzneimittel-Selbstbeteiligung zuzumuten, dies sei nur 1% seines Gesamteinkommens...

"Die Arbeitslosenzahl steigt in den USA dramatisch, die Arbeitslosenstatistik aber nicht."

So der WDR 2 am 3.10.08 in den Nachrichten. Kommt bekannt vor!

## Buchtipps

### Leitfaden zum Arbeitslosengeld II

Millionen Arbeitslose und ihre Angehörigen müssen von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld leben. Grundlage bilden das Sozialgesetzbuch II und die Alg II-Verordnung.

Beide sind ständig im Fluß. So wurde u.a. jüngst neu geregelt: die Höhe der Regelleistung, Berechnung und Dauer des Kinderzuschlags, Anrechnung von Einkommen Selbständiger auf das Alg II und der Zwang, frühzeitig aus dem Alg II in die Altersrente zu wechseln.

Was seit Neuestem gilt, erklärt der „Leitfaden zum Arbeitslosengeld II“, der jetzt in 5. Auflage erschienen ist.

Er wird vom Arbeitslosenprojekt TuWas der Fachhochschule Frankfurt herausgegeben. Er ist der aktuellste und preiswerteste Ratgeber (14 Euro bei 687 Seiten) für Arbeitslose und ihre Berater.

Er ist (zzgl. Porto) zu beziehen über: Fachhochschulverlag, Kleiststr. 10, Gebäude 1, 60318 Frankfurt, Tel: 069-1533-2820, Fax: 069-1533-2840, www.fhverlag.de

## Reichtum und Armut in der BRD

"Wer hat, dem wird gegeben, daß er die Fülle habe"

(Matthäus, 13. Kap.)



826.000 Millionäre



11,5 Millionen Arme



## Erfreuliche Ehrung

Am 28.10. ehrte die Gewerkschaft ver.di Mittelhessen verdiente Mitglieder für deren langjährige Treue zur Gewerkschaft.

Erfreulich aus unserer Sicht dabei, daß das Kommunistische Manifest zitiert wurde, daß die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx hervorgehoben wurde, wie überhaupt sich auf die Werke von Karl Marx und Friedrich Engels bezogen wurde und sogar die Gründung der DKP 1968 Erwähnung fand.

Auch der klaren Aufforderung des Seniorenarbeitskreises „Koch muß weg“ ist zuzustimmen. Gewerkschaften in ihrer Kapitalismuskritik bestärken, das muß ein Ergebnis der Weltwirtschaftskrise sein.

K.S.

# Hoffen auf die nächste Blase

Der Reichtum unserer Gesellschaften - er ist zunehmend ungleicher zwischen Armen und Reichen verteilt - wird genährt durch abenteuerliche Verschuldung der Industrienationen. Verschuldung gegenüber wem?

Zunächst seit Jahrzehnten gegenüber der Natur. Der Klimawandel zeigt sich immer bedrohlicher. Die Großindustrie bläst tonnenweise hochgiftige Stoffe in die Luft oder versenkt sie in der Erde. Immer dringlicher wird uns die Rechnung präsentiert: Erderwärmung, Sturm, Hagelschlag, Dürre, als Folge schwere Störungen der Nahrungsmittelkette, Hunger und Umweltflüchtlinge. Zu verhindern ist der Klimawandel schon heute nicht mehr, allenfalls kann er verlangsamt werden.

Und dann bekommen wir heute die Rechnung serviert für das Fest auf Pump, das die spätkapitalistischen Gesellschaften in den letzten Jahrzehnten



**„Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? ... Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“  
(K. Marx, F. Engels: Manifest der Kommunistischen Partei).**

feiern. Seit Mitte der siebziger Jahre ist die Verschuldung Deutschlands und anderer Industrienationen sprunghaft angestiegen. Das zyklische Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft wurde durch diese Geldspritzen etwas geglättet, aber nicht behoben. Die Produktivität steigt - an sich eine schöne Sache, die das Leben durch Arbeitszeitverkürzung erleichtern könnte. Kapitalistisch ange-

wandt heißt eine größere Produktemenge in weniger Zeit produziert aber, dass immer mehr Arbeiter durch Maschinen verdrängt werden, also Massenarbeitslosigkeit.

Die herrschende Gesellschaft mag diese für sie überflüssigen Menschen nicht ernähren, und so nimmt es nicht Wunder, dass sie einen gut dotierten Professor engagiert, der die monatlichen Lebenshaltungskosten des Hartz IV-Empfängers auf 132 Euro herunterrechnet.

Für die Kapitaleseite bedeutet die wachsende Produktivität: Es muss eine immer größere Kapitalmasse aufgewandt werden, um den Herren von Konzernen und Banken eine befriedigende Rendite zu verschaffen. So viele gute Anlagemöglichkeiten, wie das Kapital verlangt, gibt es nicht, und daher begibt sich dieses massenhaft auf die Bahn von Finanzspekulation und Abenteuerinvestition. Spekulationsblasen platzen. Der Staat hilft mit Steuerbillionen, kauft den Banken Ramschware ab und subventioniert Profitraten, etwa durch Steuergeschenke an die Konzerne. Dennoch brechen schließlich Märkte ein, wie zur Zeit bei Automobilen und Immobilien. Rezession steht ins Haus.

Wie war das in der Weltwirtschaftskrise 1929 - 32? Die Expansionskraft der Wirtschaft zeigte schon seit 1928 Erlahmungserscheinungen. Auch diesmal neigte sich der Boom schon seinem Ende zu, bevor der Spekulationsballon platzte. 1931 brach das deutsche Bankensystem zusammen, die Industrieproduktion sank um 40% unter den Wert von 1929, die Arbeitslosigkeit stieg 1932 auf über 6



Millionen. Der Staat versuchte, Banken durch staatliche Übernahmen zu stützen. Erst die mit der Notenpresse erzeugte Scheinblüte des Rüstungsbooms beendet die Krise. Um welchen Preis? Nazi-Deutschland verwandelte 6 Millionen Arbeitslose in 6 Millionen Tote. Das Land war zerstört, die Währung zerrüttet, die Produktion lag am Boden.

Auch heute wird der aberwitzige Versuch unternommen, Verschuldung durch noch gigantischere Verschuldung zu tilgen. Die nächste Krise ist vorprogrammiert, tiefer und allseitiger als die heutige.

Klaus Mewes

**„Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengekommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur der Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als gute Familienväter den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.“  
(Karl Marx, Das Kapital, Band III)**

Diese Zeitung zu machen kostet Geld. Wir bitten daher um **Spenden**, auch damit wir das Echo weiterhin in hoher Auflage verteilen können.

**Gießener Echo**

**Konto Nr. 193070,  
BLZ 51350025**

**Sparkasse Gießen**

Es dankt sehr herzlich:  
die Echo-Redaktion



**UZ unsere zeit**  
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche  
Antikriegszeitung**

Probexemplare bzw.  
10 Wochen gratis-Abo  
(endet automatisch):  
UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: [UZabo@t-online.de](mailto:UZabo@t-online.de)  
[www.unsere-zeit.de](http://www.unsere-zeit.de)

## Studenten zahlen für KfW-Fehler

Seit 2006 gewährt die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Studenten Kredite zur Finanzierung ihres Studiums; damit sollte die Einführung von Studiengebühren in mehreren Bundesländern als weniger unsozial erscheinen. Die Zinsen für diese Kredite betragen zunächst 5,11%, wurden aber bald auf 6,29% angehoben. Jetzt wollte die Bank die Zinsen auf 7% erhöhen. Bekanntlich hat die KfW über 300 Mio. € an die Pleitebank Lehmann in den USA überwiesen und damit zum Fenster hinaus geworfen. Die Studenten sollen das ausbaden und mit höheren Zinsen einen Beitrag zum Ausgleich leisten. Was dieser Zinssprung ausmacht, wird erst bei Betrachtung des Zinsezins-Effektes deutlich. Bei dem ursprünglichen Zinssatz verdoppelt sich der geliehene Betrag nach 15 Jahren, bei dem neuen Satz passiert das schon nach 10 Jahren. Studienkredite sind langfristige Verschuldungen. Wer nach dem Studium nicht gleich eine gutbezahlte Stelle findet und auch danach nicht besonders viel verdient, kann sehr lange brauchen, bis er den Kredit vollständig getilgt hat. Er zahlt dann das Mehrfache des geliehenen Betrages zurück. Zwischenzeitlich wurde der Zinssatz wegen der bundesweiten Empörung wieder auf 6,5% gesenkt. Aber auch das ist zuviel – ein Studium muß sich jeder ohne Verschuldung leisten können. Gernot Linhart

## Zum Naziaufmarsch in Wetzlar

Am Samstag, dem 11. Oktober marschierten über 300 Faschisten in Wetzlar, unter polizeilichem Schutz und offensichtlicher stillschweigender Duldung durch die Stadtverwaltung. Die Stadt hatte im Vorfeld noch nicht einmal versucht den Naziaufmarsch zu verbieten. Auch wenn dieses Verbot vor einem Verwaltungsgericht keinen Bestand gehabt hätte, wäre es ein deutliches politisches Signal gewesen. Die Stadt Fulda hat den für den 8. November geplanten



Mal wieder: deutsche Polizisten schützen Faschisten

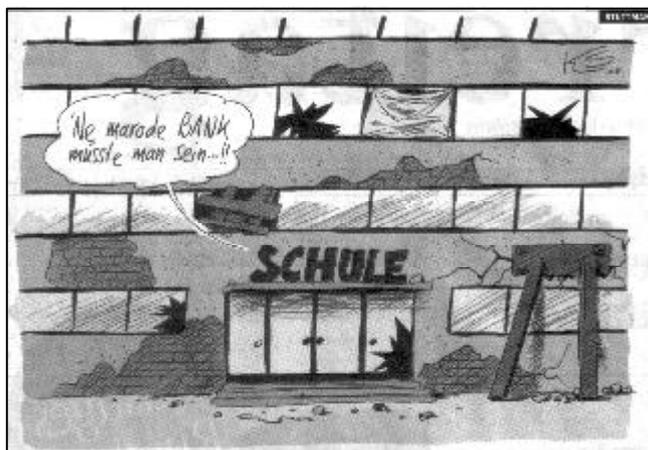
NPD – Aufmarsch bereits verboten. Die Polizei hat ohne Wenn und Aber den Aufmarsch der Faschisten durchgesetzt. Von den 19 Verhafteten waren 16 Personen aus dem linken Spektrum. Unter lächerlichen Vorwürfen wie Beleidigung oder Verstoß gegen das Vermummungsverbot wurden Leute festgehalten und von einem martialischen Polizeiaufgebot eingeschüchtert. Auch offensichtliche Verstöße gegen das Strafgesetzbuch – bei linken Demonstrationen ein beliebter Vorwand

diese zu behindern - durch den NPD Funktionär Sascha Söder (Weilbach / NPD-Kreisverband Wiesbaden-Rheingau), wie der Aufruf den grünen Europaabgeordneten Daniel Cohn - Bendit „an die Wand zu stellen“ oder der unverhohlene Aufruf zur Selbstjustiz gegenüber Sexualstraftätern oder auch nur solcher Delikte Verdächtiger wurden von der Polizei nicht gehandelt. Auch wurden diese Straftaten nicht genutzt um die Demonstration der Faschisten letztlich

doch noch zu verbieten und aufzulösen. Die Beurteilung des Tages bleibt zwiespältig, zwar gelang es der Linken zu verhindern, dass die Faschisten ihre geplante Route marschieren konnten. Aber das ursprüngliche Ziel den Aufmarsch zu verhindern wurde von uns nicht erreicht. Für den nächsten gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten müssen die Antifaschisten enger zusammenarbeiten und ihre Aktionen besser koordinieren. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen! Henning Mächerle (DKP, VVN/BdA)

## Bildungsgipfel –alles auf die lange Bank

Seit Monaten wurde für den 22. Oktober ein Bildungsgipfel angekündigt. Die Ministerpräsidenten der Länder und die Bundeskanzlerin sollten wegweisende Beschlüsse zur Verbesserung des Bildungssystems fassen, Deutschland sollte eine Bildungsrepublik werden. Die Ergebnisse waren dann aber mehr als mager. Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen von jetzt 8,9% auf 10% steigen - allerdings nicht gleich, sondern im Jahr 2015. Konkrete Schritte dahin wurden nicht vereinbart, die Finanzierung ist zwischen Bund und Ländern umstritten. Ansonsten blieb es bei unverbindlichen Absichtserklärungen – die Zahl der Schulabbrecher soll halbiert werden, ebenso die Zahl



der Jugendlichen ohne Ausbildung. Außerdem werden Arbeitsgruppen und Kommissionen gebildet, die untersuchen und beraten. Die Ergebnisse erinnern stark an das, was bei Verhandlungen zum Klimaschutz auch immer wieder passiert: Man legt fest, was in 5, 10 oder 20 Jahren sein soll und drückt sich davor, für jetzt gleich etwas festzulegen. Zu den bildungsfeindlichen Studiengebühren gab es keine Aussagen. Einer der wenigen konkreten Beschlüsse zeigt, auf welche Schulen nach Ansicht der Teilnehmer die Kinder aus armen Familien gehören: diese Familien sollen pro Schuljahr einen Zuschuß von 100 Euro aus Bundesmitteln erhalten – allerdings nur bis zum 10. Schuljahr! Gernot Linhart

# Leserbriefe

## „Springt, ihr A... löcher!“

Randbemerkungen zur Weltfinanzkrise  
1. Diese Krise wird „so sicher wie das Amen in der Kirche“ auf den Rücken der kleinen Leute abgewälzt, die – wie immer – die Zeche zahlen dürfen. 2. Immer wenn es knapp wird für den Kapitalismus, wird das zwanghaft im System begründete ganz schnell personalisiert - einzig und allein zum Zweck, die Massenwut weg von der Systemfrage hin zu Personen abzuleiten. Uns als Marxisten ist es klar, offensichtlich wird immer noch mit der Dummheit der Bevölkerung spekuliert. Drei Beispiele:

Die Bildzeitung versucht es mit dem Begriff „Bankster“. Das soll eine Mischung aus Banker und Gangster sein. Dabei wird gerne von weit verbreiteter Gier in der Zukunft erzählt.

Unser Bundes-Herzog verfällt in religiösen Anwendungen: „*Da müssen einige Herren von ihren hohen Rössern herunter und eine öffentliche Geste der Läuterung anbieten.*“

In New York haben geschädigte Anleger

bei Demonstrationen Transparente hochgehalten, auf denen stand: „*Springt, ihr A...löcher!*“ Ich frage, was nützt der Tod einiger Banker, wenn es sonst einfach weitergeht?

Das System hat keine Fehler, das System ist der Fehler. Einigen wir (die in der BRD völlig zerstrittenen Linken) uns auf Eckpunkte des Kampfes gegen das Kapital, und kämpfen mit allen fortschrittlichen Kräften der Gesellschaft. Ja, die gibt es noch. Wir Linken zeigen immer die weltweiten Entwicklungen des Kapitalismus auf. Dabei legen wir den Schwerpunkt öfter auf die todbringenden Funktionen des Systems in der sog. 2. und 3. Welt. Fortschrittliche bürgerliche Kreise können davor die Augen nicht mehr einfach verschließen. Die hatten ja in der Regel Geld, um im System zu zocken. Und spätestens beim eigenen Geldbeutel kommt die Erkenntnis: „die Einschläge kommen immer näher!“ - Diese Weltwirtschaftskrise muss der Anfang vom Ende des Kapitalismus sein. Oder, wie es vor vielen Jahren unsere Vorkämpfer auf den kurzen Nenner gebracht haben: Barbarei oder Sozialismus. Martin Wagner

## Von und an "Korrektor"

Von unserem (noch) anonymen Echo-Korrektor erhielten wir folgenden (anonymen) Leserbrief zu „3. Oktober...“: Es darf auch erwähnt werden, welche „Rolle“ Schauspieler der Ex-DDR bei/in solchen Filmen spielen (Katrin Sass in „Goodbye Lenin“ oder Wolfgang Winkler in „Grüß Gott, Genosse!“), sich für keinen Dreck offenbar zu schade sind. Das macht das Ganze erst brisant, weil tendenziös „überzeugend“ gespielt und daher „glaubhaft“.

Wir betonen, daß dies eine Ausnahme ist. Unser Anonymus hat angedeutet, sich im nächsten Jahr zu „outen“ und das Echo vor Drucklegung zu lesen. Bei uns gilt: Anonyme Leserbriefe werden nicht veröffentlicht, es sei denn: der „Name ist der Redaktion bekannt“.

## Kondome

Auch 40 Jahre nach dem Verbot des Gebrauchs von Kondomen durch die katholische Kirche bekräftigt „unser deutscher Papst“ dieses Tabu (Vatikanstadt KNA). Reden wir doch von der Pandemie AIDS, die gerade die ärmsten Menschen millionenfach dahinrafft. Eine Ursache ist der Kondomverzicht bzw. das Kondomverbot. Wie steht dieser Mann zu Potenzmitteln? Nicht nur das Kondomverbot feiert Geburtstag; auch Viagra wird runde 10 und hilft der Nächstenliebe wie auch dem Kinderwunsch auf die Sprünge. Laut Karl Marx ist „Religion“ die „Illusion vom himmlischen Glück auf Erden“. Wir jedoch brauchen das reale irdische Glück – ohne Seuchen, diverse Krankheiten und Krieg. Falk Moldenhauer

## "Ende des Spätkapitalismus"

Seit einiger Zeit lese ich das Gießener Echo, das mich sehr interessiert, obwohl ich weit ab wohne. Deshalb kann ich mich auch nicht zu den lokal bezogenen Artikeln äußern, aber zu den das ganze Bundesgebiet betreffenden.

Zu dem Artikel „...- das Ende des Spätkapitalismus“ hätte ich zwei Anmerkungen. Der Satz: „Nein, aus solcher Krankheit (gemeint ist die aktuelle Finanzkrise. BB) geht keiner gestärkt hervor,“ stimmt nicht ganz. Aus jeder kapitalistischen Krise, die sich verrückterweise ja immer an einem „zuviel“ entzündet – ob zuviel Waren oder zuviel investiertes Geld wie aktuell – gibt es Gewinner. Vordergründig sind es die, die auf die Krise spekuliert haben (deshalb jetzt staatliche Verbote von Aktien-Leerkäufen), insgesamt aber wie immer die stärkeren Kapitalgruppen, die nun für Appel und Ei ihre schwächelnden Konkurrenten schlucken oder zumindest deren Marktanteile.

Auch der Hinweis im letzten Satz sollte so missverständlich nicht stehen bleiben. Er suggeriert, dass die Krise des Kapitalismus (oder ist es „nur“ eine Krise im Kapitalismus?) eigentlich nur einen Ausweg hat – nämlich Krieg und Faschismus. Da hätte m.E. die naheliegende Forderung nach Stilllegung der unnützen, parasitären, wie sich jetzt herausstellt hoch gefährlichen Finanzbereiche des Casino-Kapitalismus gehört sowie die Erweiterung der Verstaatlichung von Pleite gegangenen Banken auf die (noch) Profit abwerfenden. Aber nicht verstaatlicht wie die halbierte IKB oder Landesbanken, die ja selber fröhlich mitzockten, sondern unter Kontrolle durch Organe der Menschen, die jetzt und immer die Karre aus dem Dreck ziehen sollen – die arbeitende und steuerzahlende Bevölkerung. Bernd Bücking

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

## Hammerzahlen

**1.000** Dollar-Milliardäre in den USA (Schätzung). Gleichzeitig stieg die Zahl der US-Amerikaner ohne Krankenversicherung auf 46 Millionen. Wer da Zusammenhänge sieht ist sicher ein bitterböser Kapitalistenhasser und Kommunist!

**100.000** deutsche Studenten sind an ausländischen Hochschulen

Laut Bericht des Deutschen Studentenwerkes sind dabei Studenten aus armen oder bildungsfernen Elternhäusern beim Auslandstudium unterrepräsentiert, da dies zu teuer ist. Gleichzeitig haben Studenten mit Auslandsstudium beim Berufseinstieg weitaus bessere Chancen. So kann der soziale Aufstieg auch kontrolliert werden: Arbeiterkinder werden bzw. bleiben Arbeiter und Akademikerkinder Akademiker.

**Redaktionsschluß für das  
Dezember-Echo: 27.11**

Montag, 10. Nov., 18 Uhr  
Goetheschule (Westanlage)

## 30. Giessener Mahngang zur Erinnerung an die faschistische Reichspogromnacht im November 1938

## Diskussionsveranstaltung der DKP Ende der Party

Die Explosion im Finanzsektor und die Krise der Weltwirtschaft

Referent: **Lucas Zeise**

Finanzjournalist (u.a. Financial Times Deutschland) und Autor des  
neu erschienen gleichnamigen Buches (PapyRossa-Vlg, 14.90 E)  
am Dienstag, dem 25. November, um 20 Uhr  
im Café Amelie, Gewerkschaftshaus

*Einen ganz herzlichen Glückwunsch unserem ältesten Genossen*

### **Anton Kaiser**

*zu seinem 89. Geburtstag am 27. Oktober 2008.*

*Die Lektüre von Gießener Echo, UZ, Marxistische Blätter und Rotfuchs soll  
Dich weiterhin munter halten. Wenn Du nun wieder in Gießen wohnst, wirst  
Du Dich wohlfühlen und viele Bekannte sehen.*

*Deinem Wunsch, zu Deinem 90. Geburtstag Deine Lieblingsrednerin  
einzuladen, werden wir nachkommen.*

*Deine Genossinnen und Genossen der Gießener DKP*

### Wenn die Börsenkurse fallen,

regt sich Kummer fast bei allen,  
aber manche blühen auf:  
Ihr Rezept heißt Leerverkauf.  
Keck verhöckern diese Knaben  
Dinge, die sie gar nicht haben,  
treten selbst den Absturz los,  
den sie brauchen - echt famos!

Leichter noch bei solchen Taten  
tun sie sich mit Derivaten:  
Wenn Papier den Wert frisiert,  
wird die Wirkung potenziert.

Wenn in Folge Banken krachen,  
haben Sparer nichts zu lachen,  
und die Hypothek aufs Haus  
heißt, Bewohner müssen raus.  
Trifft's hingegen große Banken,  
kommt die ganze Welt ins Wanken -  
auch die Spekulantenbrut  
zittert jetzt um Hab und Gut!  
Soll man das System gefährden?  
Da muss eingeschritten werden:  
Der Gewinn, der bleibt privat,  
die Verluste kauft der Staat.  
Dazu braucht der Staat Kredite,  
und das bringt erneut Profite,  
hat man doch in jenem Land  
die Regierung in der Hand.

Für die Zechen dieser Frechen  
hat der Kleine Mann zu blechen  
und - das ist das Feine ja -  
nicht nur in Amerika!  
Und wenn Kurse wieder steigen,  
fähngt von vorne an der Reigen -  
ist halt Umverteilung pur,  
stets in eine Richtung nur.  
Aber sollten sich die Massen  
das mal nimmer bieten lassen,  
ist der Ausweg längst bedacht:  
Dann wird bisschen Krieg gemacht.

## Wahlgeschenke - nur für die Betuchten

Im Zeichen bevorstehender Wahlkämpfe im nächsten Jahr hat das Bundeskabinett eine Reihe „Wohltaten“ beschlossen. Sie mindern aber alle – abgesehen von dem Schulgeld für Kinder von Hartz-IV-Empfängern (100 Euro jeweils zum Schuljahresbeginn) - nicht die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, sondern kommen durchweg den Gut- und Besserverdienenden zugute:

- \* Erhöhung des Kindergeldes (davon haben Hartz-IV-Empfänger nichts),
- \* Erhöhung des Kinderfreibetrages,
- \* steuerliche Absetzbarkeit von Putzhilfen und Kinderbetreuung,
- \* Senkung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung von 3,3 auf 2,8%.

Gerade letzteres ist ein Geschenk an das Kapital, denn es ist heute schon absehbar, daß die Arbeitslosenzahlen steigen, die Kasse der Arbeitslosenversicherung dann wieder leer (gemacht) sein wird und in Folge dieser „Sachzwänge“ die Leistungen für Arbeitslose - Alg I und Alg II - zur Disposition stehen.

Zwar hat Kanzlerin Merkel beteuert, Hartz IV werde nicht gekürzt, nachdem im Sep-

tember die Commerzbank-Professoren aus Leipzig 132 Euro als ausreichend für das Existenzminimum errechnet hatten.

Fakt ist jedoch, daß die 351 Euro monatlich nach einem Jahrzehnte alten Warenkorb (der früheren Sozialhilfe) berechnet wurden, daß sie – abgesehen von den lächerlichen 4 Euro – nicht erhöht wurden und daher real in den vergangenen Jahren bereits um 7% gesunken sind. Verbesserung der Situation von Hartz-IV-Empfängern, eine Erhöhung des Regelsatzes, weitere Beihilfen, Unterstützung u.a.m. sind nötig. Wichtigstes Ziel bleibt jedoch die grundsätzliche Abschaffung von Hartz IV und des Systems der Zwangsarbeit, der Erniedrigung und Bespitzelung.

Minister Steinbrück hingegen hat schon vor vier Jahren öffentlich zugegeben, daß weitere Kürzungen nur eine Frage des Machbaren seien. Gefragt, ob denn auf Hartz IV, Hartz V, VI, VII oder VIII folgen werde, antwortete er: „Das eine Frage der Dosis, die die Menschen vertragen können.“ (24.9.04, Berliner Zeitung).

Erika Beltz

Jeden Montag, 18 bis 19 Uhr bei den 3 Schwätzern:

### Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo: [www.gimode.wordpress.com](http://www.gimode.wordpress.com)

Samstag, 15. November,

10 bis 13 Uhr

Infostand der DKP

Seltersweg/Ecke Löwengasse